

Kund um Boppard

vom 04.03.2011



Stadtrat: Hitzige Debatte zur Gebietsreform FWG-Antrag bei Stimmengleichheit knapp abgelehnt

Die anstehende Kommunalreform beschäftigt die Gemeinden im Land. Wer bündelt mit wem an, und welche Stadt möchte zu welchem Kreis gehören. Das berührt natürlich auch Boppard, Eile gibt es hier aber erst mal nicht. Die FWG im Stadtrat möchte

Boppard zukünftig offenbar in Form einer Verbandsgemeinde sehen. Einen Antrag zur Prüfung in dieser Richtung gab es bereits. Nun wollte die FWG ein Gremium gründen lassen, dass Gespräche mit den Nachbarn führen soll.

Die Gebietsreform kommt, und die Kreise in Rheinland Pfalz werden neu strukturiert. Doch der Antrag der FWG im Stadtrat Boppard, dazu ein Gremium unter Leitung des Bürgermeisters zu gründen, um Gespräche mit den Nachbargemeinden zu suchen und zu führen und eine Bürgerbefragung durchzuführen, wurde bei Stimmengleichheit im Rat abgelehnt. Durch die Stimmenthaltung von Peter Kreiser von den Grünen und dem Gebrauch des Stimmrechtes von Bürgermeister Dr. Walter Bersch kam es zu der knappen Niederlage von 16 zu 16 Stimmen.

Für eine angespannte Stimmung im Ratssaal sorgte die vorgetragene Antragsbegründung von FWG-Mann Jürgen Schneider. Nach seinen Ausführungen würden die Gräben zwischen den Ortsteilen immer tiefer und die Ortsteile seitens der Verwaltungsspitze gegeneinander ausgespielt.

Hierzu erwartete Bürgermeister Bersch eine Entschuldigung, falls eine genaue Begründung dieser Vorwürfe nicht vorgelegt werden könnte. Jürgen Schneider führte als Beispiel, die Diskussion über die Reihenfolge der geplanten Bahnmodernisierungen an, wobei der Bürgermeister die Fahrgastzahlen für die drei betroffenen Bahnhöfe veröffentlichte. Eine Entschuldigung blieb aus.

In einer möglichen zukünftigen Verbandsgemeinde sehen die FWGler, teilweise unterstützt von CDU und Grünen, Vorteile für die Selbstständigkeit der Ortsbezirke. Sie thematisierten diese Richtung bereits mehrfach durch entsprechende Anträge im Stadtrat. So im Januar 2009, als der Rat damals mehrheitlich die Prüfung ablehnte, inwieweit die Möglichkeit zur Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard und Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard/Mittelrhein bestünde.

Dann im Februar 2010 beschloss der Rat auf Antrag der FWG den Zusammenschluss mit den benachbarten Verbandsgemeinden Rhens und St. Goar/Oberwesel zu prüfen. Eines der vier Gutachten liegt nun vor.

Gespräche und Bürgerbeteiligung ja, meint Bürgermeister Dr. Bersch, aber es müsste auch Sinn machen. "Ich bin grundsätzlich für Bürgerbeteiligung in der weitestgehenden Form. Vor einer Bürgerbefragung müssen jedoch bestimmte Sachverhalte geklärt werden. Eine Befragung, ob die Stadt Boppard als Einheitsgemeinde oder auch als Verbandsgemeinde mit benachbarten Verbandsgemeinden fusionieren soll, ergibt nur dann einen Sinn, wenn zuvor feststeht, dass der jeweilige Nachbar überhaupt an einer Fusion mit der Stadt Boppard interessiert ist.

Für die Stadt Boppard mit mehr als 15.000 Einwohnern gibt es keinen Handlungsdruck, wie es beispielsweise für die Verbandsgemeinden Rhens oder St. Goar-Oberwesel gibt, die jeweils weniger als 10.000 Einwohner haben.

Das Gutachten über eine mögliche Fusion mit der Verbandsgemeinde Rhens und der Gutachtenentwurf über eine mögliche Fusion mit der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel lassen erkennen, dass aufgrund der hohen Bopparder Steuerkraft die Stadt Boppard im Falle einer Fusion an die hinzukommenden Gebietseinheiten Geld abgeben muss.

Bei der Frage, ob die heutige Einheitsgemeinde wieder zu einer Verbandsgemeinde rückverwandelt werden soll, ist vorher zu klären, ob dies rechtlich überhaupt geht, da zurzeit eine gesetzliche Grundlage für eine solche Umwandlung fehlt. Darüber hinaus muss natürlich auch geklärt werden, was eine solche Rückwandlung für finanzielle Konsequenzen für die dann denkbaren 10 selbstständigen Ortsgemeinden bzw. den heutigen Ortsbezirken hätten. Da werden sich einige gewaltig wundern.

Heute ist bereits erkennbar, dass die Verbandsgemeinde Rhens in keinem Fall in den Rhein-Hunsrück-Kreis will, und es steht auch fest, dass die Stadt Boppard den Rhein-Hunsrück-Kreis nicht verlassen kann. Von bestimmten Höhengemeinden aus der Ver-

bandsgemeinde St. Goar-Oberwesel ist bekannt, insbesondere von Wiebelsheim und Laudert, dass sie in keinem Fall nach Boppard, sondern eher nach Rheinböllen, Simmern oder Emmelshausen tendieren. Es ist zur Zeit eben nicht erkennbar, dass unsere Nachbarn jeweils geschlossen mit uns fusionieren wollen.

Selbstverständlich müssen wir in jeder Hinsicht gesprächsbereit und natürlich auch aufgeschlossen sein gegenüber allen Dingen, die Boppard in all seinen 10 Ortsbezirken weiter nach vorne bringen", so der Bürgermeister.

Dem wollte CDU-Mann Wolfgang Spitz nicht folgen. "An uns läuft die Geschichte vorbei und Gespräche kosten kein Geld", so Spitz. Auch Ludwig Höffling, CDU, plädierte eindrücklich für Gespräche mit den Nachbarn.

Dr. Jürgen Mohr von den Bürgern für Boppard sah in den Vorstößen der FWG den Versuch, die Stadt Boppard aufzulösen, wofür es keinen Grund gebe. Boppard müsse auch nicht fusionieren, da es über der Grenze von 12.000 Einwohnern liegt.

Herrman Noe, SPD, wollte nicht anfangen, was funktioniert. Anders als im Antrag der FWG dargestellt, hält die gesamte SPD-Fraktion die verbandsfreie Stadt Boppard für ein Erfolgsmodell. Es sei notwendig, zunächst alle vom zuständigen Ministerium beauftragten Gutachten abzuwarten und gemeinsam mit dem Bürgermeister die richtigen Schlüsse für die weitere Beratung im Hauptausschuss zu ziehen. Danach stehe die umfangreiche Information und breit angelegte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an.

Ralf Hübner